

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Vollpostkonto: Dresden 1530
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 219.

Donnerstag, 18. September 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kassen. Für den Fall des Austritts von Produktionsverteilungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 4 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; Zeitrauber und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligte Rabatte erstreckt sich, wenn der Vertrag verläuft, durch Abgabe eines Besonderen Auftrages. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Kündigungsunterhaltungsgebühren: 10% der Abrechnung. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Verkehrs der Drucker, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Unsere koloniale Zukunft.

Wierzehn Jahre sind es her, seit zum letzten Male, auch unter dem Vorsteh eines Westfälischen Herzogs, ein Deutscher Kolonialkongress in Berlin tagte. Später als die anderen Länder der Erde ist Deutschland in die Reihe der Kolonialmächte eingetreten, obwohl kein Volk der Welt in so ausgesprochenem Maße mit kolonialistischen, d. h. kulturverdrängenden Bestrebungen begabt ist. Die tragische Verdrängung in immer sich erneuernde, aus dem deutschen Volksthum erwachsende und von außen geistlich genährte und ausgenutzte innere Zwistigkeiten hat das deutsche Volk noch zu einer Zeit in einem national-nationalen Entwicklungsstadium gehalten, das andere, zum Teil viel kleinere Völker, wie Spanien, Dänemark, Portugal, Frankreich und England bereits überwunden hatten. So kam es denn, daß Völker, die sich einen großen Teil der Erdoberfläche in Form kolonialer Ausbeutung dienstbar gemacht hatten, mit Erfolg den Argwohn der Welt gegen den jungen Weltbewerber wachrufen konnten, der sich doch nur mit dem begnügen wollte, was andere ihm übriggelassen hatten.

Heute erscheint uns, die wir als größte Kulturwelt des deutschen Mittelalters die Kolonialisierung und Ausbeutung des europäischen Ostens und Südostens verstanden können, die koloniale Betätigung im neuen Weltmarkt wie eine Episode. Man hat uns die Kolonien wie so manches andere durch deutsche Leistung ererbte Besitztum genommen und hat diesen Raub mit einem aus der Moralität mottenscherfenerer Wilsonscher Grundzüge genommenen moralischen, Wandsteherschaft genannt, notwendig verhält. Lieber die „koloniale Schuldbüße“ ist von deutscher und vor allem auch von gegenwärtiger Seite so viel schlechthin unbestreitbares Widerlegungsmaterial beigebracht worden, daß es sich erübrigt, vor deutschen Lesern nochmals auf Einzelheiten einzugehen. Ebenso wie die Kriegsschuldfrage wird auch die Kolonialschuldfrage vor dem Forum der Geschichte zunichte werden. In der Welt der Nachkriegszeit wird sich die Herleitung der Schuldfragen aber erst dann praktisch nutzbar erweisen, wenn die allgemeine weltpolitische Entwicklung unserem Volke wieder Betätigungsmöglichkeiten, Wirkungsmöglichkeiten öffnet.

Inzwischen dürfen wir natürlich nicht die Hände in den Schößen legen. Bereit werden ist auch in der Kolonialfrage alles. Nach außen und in fast noch stärkerem Maße nach innen hin müssen wir an dieser kolonialen Verdrängung arbeiten. Der koloniale Gedanke muß in weit stärkerem Maße als es bisher leider der Fall gewesen ist, Faktor unserer Außenpolitik werden. Wie eine Mauer umschließt uns immer noch feindlicher Behinderungsstille. Die Zerlegung dieser Mauer muß Aufgabe kolonialer Außenpolitik sein. In jede Frage, jeden Akt müssen wir uns einfallen, um kein noch ein Stück aus dieser Mauer zu lösen, bis eine Freie in die Freiheit gewonnen ist. Die Freie, die sich in diesen Tagen zu ernster Arbeit in Berlin zusammengedrängt haben, müssen in der Willensrichtung ihrer Arbeit das koloniale Gewissen unseres Volkes sein, das immer wieder die maßgebenden Stellen zu Regsamkeit im Sinne des Kolonialgedankens aufrüttelt. Nach innen gilt es unserem Volke das Bewußtsein zu erwecken und wachzuhalten, daß ein Siebzigmillionenvolk, auf engstem Raume zusammengedrängt, koloniale Betätigungsmöglichkeiten so nötig braucht, wie die Luft zum Leben. Der Drang ins Freie beherrscht heute schon Millionen, die zum Teil nicht wissen, wofür sie sich wenden sollen, zum Teil der Nation in der Fortsetzung verloren gehen. Die Männer, die in Berlin zusammengetreten sind, bürgen mit ihren Namen dafür, daß sie über die Kongressstage hinaus die im Interesse unseres Gesamtvolkes notwendige Arbeit leisten werden.

Deutscher Kolonialkongress.

(Fortsetzung.)

Am Nachmittage fanden die Sitzungen der verschiedenen Abteilungen statt. Es waren sechs Abteilungen gebildet worden nämlich über Kolonialpolitik, koloniale Wirtschaft, Tropenmedizin, Missionen, Schulen und kulturelle Fragen, überseeische Siedlung, Ethnographie und Naturkunde. In allen Abteilungen, die unter Leitung bekannter kolonialer Persönlichkeiten standen, wurden bedeutende Vorträge wissenschaftlicher und politischer Art von erfahrenen Fachleuten gehalten. Aus ihrer großen Zahl seien folgende erwähnt: Der langjährige Leiter der Kolonialzentralverwaltung, Ministerialdirektor Meyer-Gerhard, berichtete über südamerikanische Politik unter Bezugnahme auf Deutsch-Südwestafrika und der frühere Gouverneur von Samoa, Dr. Schulz-Gerth, über Südpazifik, Spindus Dr. Hartmann sprach über die neuen Formen der Ueberseesiedlung, Geh. Reg.-Rat v. Jostrow über die Wirtschaft des Bezirks Grootfontein vor dem Kriege als Beispiel kolonialer Entwicklung.

Ezzellens Dr. v. Nechenberg sprach über die Bedeutung der deutschen ärztlichen Mission.

Ganz bedeutend reichhaltig und wissenschaftlich hoch bedeutend waren die Vorträge in der medizinischen Abteilung, in denen die bekanntesten Bekämpfer der Schlafkrankheit in Ostafrika Dr. Fischer und Dr. Audich über Trypanosomen und Spirochäten, andere Sachverständige, die Professorens Auge und Hildebrand über Amöbenruhe und Wurmkrankheit sprachen. Stabsveterinär Richters berichtete über Bekämpfung der Kinderpest in Afrika. Ferner sprach Dr. Vog über die deutschen Schulen in Deutsch-Südwestafrika und Prof. Moritz über die Wege des kolonialen Gedankens bei der Jugend. Gesundheitsrat Dr. Seelheim berichtete über deutsche Auswanderung.

In der geographischen Abteilung wurden folgende Vorträge gehalten: Prof. Müllbrunn: Der Urwald von Kamerun, Dr. Rod: Die Ausgrabungen der Leidaun-Expedition, Prof. Jäger sprach über seine Forschungen in Südwestafrika und Prof. Lehmann über Neuguinea. An diese Vorträge schlossen sich Besichtigungen der botanischen, geologischen und zoologischen Museen sowie der geologischen Landesanstalt an.

Wann tritt der Reichstag zusammen?

Berlin. Die halbamtlichen Mitteilungen, wonach mit dem Wiedereintritt des Reichstages nicht vor Mitte Oktober zu rechnen ist, haben in den parlamentarischen Kreisen einige Beunruhigung hervorgerufen. Wie wir hören, beabsichtigen die maßgebenden Führer der Regierungsparteien, insbesondere des Zentrums, darauf hinzuwirken, daß der Wiedereintritt des Reichstages spätestens am 5. oder 6. Oktober erfolgt, da die ungeklärte außenpolitische Lage das baldige Beisammensitzen des Parlamentes erforderlich macht. Man hat den Eindruck, daß gegenwärtig starke Kräfte am Werke sind, die auf eine möglichst lange Dinauschiebung des Parlamentes hinarbeiten, um die Regelung der Regierungssache, insbesondere die Frage der Hinzuschiebung der Deutschnationalen zur Regierungskoalition außerhalb des Parlamentes, zu lösen. Dadurch würde jedoch nach Meinung der führenden Zentrumspolitiker die innenpolitische Verwirrung nur noch erhöht werden. Die Umbildung der Reichsregierung könne nur durch die Reichstagsparteien selbst betrieben werden, die zu prüfen hätten, unter welchen Voraussetzungen eine Regierung des Bürgerblocks überhaupt gebildet werden kann.

Dr. Stresemann für den Bürgerblock.

Berlin. Minister Dr. Stresemann, der nach wie vor das Vertrauen der deutschvolksparteilichen Führer besitzt, steht, wie wir hören, in häufiger Fühlungnahme mit den nationalen Politikern, um an dem Zustandekommen einer Regierung des Bürgerblocks zu arbeiten. Gegenüber den Widerständen im Zentrum hält Dr. Stresemann auch an der Auffassung fest, daß die Hinzuschiebung der Deutschnationalen zur Reichsregierung eine unbedingte Notwendigkeit sei. Inzwischen sind bereits eingehende Vorbereitungen innerhalb der Deutschen Volkspartei getroffen worden, um noch gegen Ende dieses Monats die Verhandlungen mit den Deutschnationalen und mit dem Zentrum über die Frage der Bildung der Regierung des Bürgerblocks aufzunehmen.

Die Streitfrage um den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Berlin. Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst veröffentlicht eine neue Erklärung Lord Parmoor's, wonach Lord Parmoor am 10. August in seinem Landhause mit den deutschen Delegierten, dem Reichsminister Grafen und Herrn Murray eine private Aussprache über den Völkerbund und die Bedingungen für Deutschlands Eintritt gehabt habe. Gegenüber dieser Darstellung des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes heißt „WV“ fest, daß keinem der Herren, die am 10. August bei Lord Parmoor waren, von dieser Unterhaltung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund etwas bekannt ist. Im Gegenteil haben die deutschen Delegierten bereits am Abend des 11. August in London in einer Aussprache ihrem Ertrauen darüber Ausdruck gegeben, daß diese Frage von Parmoor nicht berührt worden ist. In einer Depesche, die am Abend des 11. August an das Auswärtige Amt über die Londoner Verhandlungen abgegangen ist, ist daraufhin besonders betont worden, daß die Frage des Völkerbundes bei der Zusammenkunft mit Lord Parmoor nicht erwähnt worden ist.

Die am 10. Januar 1925 zu räumende Zone des besetzten Gebietes.

In letzter Zeit ist vielfach von der für den 10. Januar 1925 von uns zu fordernden Räumung der Kölner Zone die Rede, wobei im wesentlichen nur die Frage erörtert wird, wie sich die englische Regierung zu dieser Frage stellen würde. Dadurch könnte der Irrtum erregt werden, als ob es sich nur um die Räumung des von den Engländern besetzten engeren Kölner Gebietes handelte. Tatsächlich geht es aber um die Räumung der ganzen nördlichen Zone des besetzten Gebietes, nämlich des Kreiskontopis von Köln und der Gebiete, die nördlich einer Linie liegen, die dem Lauf der Röhre, die der Eisenbahnlinie Alich-Düren-Euskirchen-Rheinbach, ferner der Straße von Rheinbach nach Sinzig folgt, und die den Rhein bei dem Einfluß der Ahr trifft, wobei die oben genannten Straßen, Eisenbahnen und Orte außerhalb der besetzten Räumungszone bleiben. An der Frage der Räumung sind hiernach nicht nur die Engländer, sondern auch die Franzosen und Belgier beteiligt, da diese einen großen Teil des genannten Gebietes besetzt halten. Es handelt sich also für den 10. Januar nicht nur um die Räumung von Köln, sondern um die Räumung fast des ganzen Niederrheins. Weiterhin dürfte nach Artikel 428 des Friedensdiktats von Versailles außer Zweifel stehen, daß nach Räumung der nördlichen Zone den Engländern und Belgiern in der mittleren, der Coblenzer, oder in der südlichen, der Mainzer Zone, Besetzungsbereiche angewiesen werden müssen, da sonst das besetzte rheinische Gebiet nur von französischen Truppen besetzt wäre, während nach dem Artikel 428 die Besetzung durch die Truppen der alliierten und assoziierten Mächte gelassen soll.

Langfristige Kredite für die Landwirtschaft.

Wie verlautet, hat die Rentenbank beschlossen, zur Entlastung der notleidenden Landwirtschaft ihre langfristigen Kredite durch Herabsetzung des Zinsfußes auf Reichsbankdiskont (10%) zu demilligen. Die Herabsetzung der Reichsregierung soll durch diese Maßnahme unterstützt werden.

Der Abbau des Sparkommissars.

Berlin. Die hohen Kosten, die für das Büro und die Tätigkeit des Sparkommissars im Etat auszuführen worden sind, haben in politischen Kreisen allgemein Aufsehen erregt. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Kosten des Sparkommissars die Hälfte der Kosten des gesamten Ernährungsministeriums betragen. Auf verschiedene Anfragen hin hat nun das Reichsfinanzministerium mitteilen lassen, daß diese Kosten nur einmal seien und durch die unbedingende Tätigkeit des Sparkommissars in allen Weltteilen durchaus als werbende Kosten anzusehen seien. Es sei durch die Tätigkeit des Sparkommissars eine solche Vereinfachung herbeigeführt worden, daß ganz beträchtliche Ersparnisse erzielt seien. Im übrigen werde der Sparkommissar demnächst abgebaut werden, und bereits im nächsten Etat werde sich dieser Posten nicht mehr befinden.

Der Stand der Ausgewiesenen-Rückkehr.

Im altbesetzten Gebiet ist die Rückkehr bisher 1300 Privatpersonen und Beamten gestattet worden, jedoch nur dem Familienhaupt ohne Angehörige. Die unter diesen Personen befindlichen Beamten dürfen sofort wieder in ihr Amt eintreten. Weiteren fünf- bis sechshundert Beamten ist die Rückkehr in das altbesetzte Gebiet gestattet worden; zur Wiederaufnahme ihrer amtlichen Tätigkeit bedarf es aber noch der Erfüllung der Erfordernisse der Ordnung Nr. 29, die jedoch nach der Auffassung der Franzosen nur eine Formalität ist. Noch erkrankt ist der Stand der Frage im Einbruchgebiet, abgesehen von der belgischen Zone. Infolge der von Perriot nach Ueberrahme seiner Ministerpräsidentenschaft angeordneten Maßnahmen sind allen Ausgewiesenen, außer den Schulbeamten und 64 namentlich genannten Personen, die Rückkehr gestattet worden. Rummbe ist die Rückkehr der Schulbeamten sowie allen Ausgewiesenen bis auf sechs Beamte gestattet worden. Die Schulbeamten dürfen allerdings nicht in ihr Amt zurückkehren. Die sechs ausgenommenen Beamten, die in ihr Amt nicht zurückkehren dürfen, der Bürgermeister Schmidt in Düsseldorf usw., sind bereits in der Presse namentlich genannt worden. Bei den Schulbeamten erstreckt sich die Rückkehrerlaubnis auch auf die Angehörigen. In der belgischen Zone ist über die Rückführung der Beamten in ihr Amt eine entsprechende Regelung noch zu erwarten.

Internationaler demokratischer Friedenskongress.

London. (Funkpruch.) Gestern wurde die 4. Session des internationalen demokratischen Friedenskongresses eröffnet. Norman Angell betonte in seiner Begrüßungsansprache die Tatsache, daß französische und deutsche Vertreter auf derselben Plattform zusammentreffen und hierdurch ein Beispiel brüderlichen Mutes geben, das dem besseren Verständnis unter den europäischen Völkern dienlich sein werde. Marc Sangnier (Frankreich) hielt die Eröffnungsrede, in der er ausführte, daß französische und deutsche Völker heute keinen Haß gegeneinander. Die Weltprobleme könnten nur vom moralischen Standpunkt aus gelöst werden. Der Vertreter der Römischen Volkszeitung Dr. Stock sagte, er glaube, daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund davon abhängig sei, daß Deutschland einen Sitz im Völkerbundsrat erhalte und ihm keine Probezeit auferlegt werde. Ebenso könne keine Rede davon sein, daß Deutschland eine neue Kriegsschuldenerkennung abgebe. Oelle-Berlin sagte, die Methode, durch einen großen heberischen Militarismus den Weltfrieden zu sichern und die Welt zu organisieren, habe stets zu Mißerfolgen geführt. Die einzige geeignete Grundlage sei die Freiheit der Demokratie. In diesem Sinne wüßte die Jugend durch Erziehung beeinflusst werden. Die Versammlung beschloß, Telegramme an MacDonald, Perriot und Dr. Marx zu senden und sie zu dem Erfolg zu beflämlichen, den die Londoner Konferenz bereits gezeigt habe.

In der Nachmittagsitzung sprach unter anderen Sie George Vaisb, der unter anderem ausführte: Die Deutsche Note sei in England nicht sehr populär, aber unbedingt notwendig für England, Europa und die ganze Welt. Die Engländer müßten den Deutschen, den Russen und Franzosen helfen. (Beifall.)

Der Kongress wird heute und morgen weitere Sitzungen abhalten.

Vom internationalen Post-Kongress.

Wien. Der internationale Kongress der Post-, Telephon- und Telegraphenbetriebe wurde gestern nach viertägiger Dauer geschlossen. U. a. wurde ein Antrag angenommen, in dem der Kongress fordert, daß das gesamte Radiowesen der Post-, Telephon- und Telegraphenbetriebe in Form eines Staatsbetriebes angegliedert wird. In einer weiteren Entscheidung wird verlangt, daß jede Benachteiligung oder Bedrückung des nationalen Mitarbeiterangehörigen der Post-, Telephon- und Telegraphenbetriebe vermieden wird. Außerdem wurden Resolutionen für den Weltfrieden und den Völkerbund, sowie zu Gunsten des Weltfriedentages angenommen.